

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Kellamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 87

Freitag, den 11. April 1924.

48. Jahrgang

Der Dawes-Bericht.

Wie die Welt ihn beurteilt.

Die Reichsregierung hat schon am Mittwoch eine erste Vorprüfung derjenigen Teile des Sachverständigenberichtes durchgeführt, die bis dahin in Berlin im Wortlaut eingetroffen waren und die vorläufig überfetzt werden konnten. Eine endgültige Stellungnahme vor Kenntnisnahme seines vollen Inhaltes ist selbstverständlich ausgeschlossen.

Ein Urteil Stresemanns.

Der Berliner Korrespondent der „Chicago Tribune“ hatte Gelegenheit, den Reichsaußenminister Dr. Stresemann um sein Urteil über die Entscheidung der Sachverständigen zu befragen. Dr. Stresemann erklärte, schon die jetzigen Auszüge aus dem Bericht hätten genügt, um ihn zur Überzeugung zu bringen, daß der Bericht das Resultat von Beratungen eines Komitees unberechtigter Männer sei, die den ernsthaften Wunsch hätten, das Reparationsproblem zu lösen. Selbstverständlich würde noch einige Zeit vergehen, bevor die deutsche Regierung ihre Entscheidung treffen könne, aber sie werde an die Prüfung des Berichtes in der Überzeugung herangehen, einem guten Willen gegenüber zu stehen, der eine gerechte Lösung des Reparationsproblems erzielen wolle.

Das Echo im Ausland.

Auch im Ausland hält man mit der endgültigen Beurteilung der Sachverständigen-Arbeit einstweilen noch zurück. In Anbetracht der Kompliziertheit des Stoffes und der Unvollständigkeit der Auszüge ist das nur natürlich.

Die Pariser Pressestimmen.

Sind nicht einheitlich. Die Regierungsblätter bemühen sich, den Bericht als für Frankreich günstig hinzustellen, während die übrige Presse zum Teil recht scharfe Kritik übt.

„Eclair“ schreibt, man werde lange suchen können, ehe man in dem Sachverständigenbericht für Frankreich günstige Anhaltspunkte finden könne.

„Echo de Paris“ ist ganz ablehnend. Der Dawesbericht bedeute eine große Verminderung des Londoner Zahlungsplanes und der französischen Ansprüche. Man könne berechnen, daß den Sachverständigen eine Reparations-Summe von „nur“ 20 Milliarden Goldmark vorschwebt. Das bleibe noch hinter Bonar Law's Plan zurück, ohne dessen Befreiung Frankreichs von der Schuld an England.

Tardieu sagt im „Echo National“, die französische Anschauung der Pfänderpolitik der beiden letzten Jahre werde von den Sachverständigen klipp und klar abgewiesen.

Herbe schreibt in der „Victoire“, die Sachverständigen hätten bei aller Sympathie Frankreich zugewandt, das Ruhrgebiet aufzugeben, bevor es bezahlt sei.

Loucheurs „Petit Journal“ sieht langwierige und wichtige internationale Verhandlungen voraus, die sich stufenweise mehrere Monate hinziehen können.

Die Auffassung in Amerika.

In den amtlichen Kreisen Amerikas, die natürlich auch noch mit ihrem Urteil zurückhalten, kommt immer die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Plan von den alliierten Mächten annehmbar gefunden und darin eine Lösung des europäischen Problems entdeckt werden wird. In amtlichen Kreisen wird in diesem Zusammenhange an die New Yorker Rede des Staatssekretärs Hughes im Jahre 1922 erinnert, in der er erklärte, daß, wenn die Mächte zu einer Verständigung über den Sachverständigenplan gelangten, die Wege amerikanischer Bereitschaft nicht verfehlen könnten, sich hoffnungsvoll zu öffnen. Der amerikanische Sachverständige Owen Young äußerte sich in Paris, Amerika könne nur auf eine Art bei der Verwirklichung des Planes mitwirken, indem es sich an der vorzulesenden Anleihe beteilige.

Genugtuung in London.

Die Londoner Cityblätter äußern Genugtuung, daß der Erste Sachverständigen-Ausschuß den Willern der Entente mit unverteilter Deutlichkeit zu Gemüt geführt hat, daß man eine große wirtschaftliche Operation, wie es die Reparationszahlungen nun einmal sind, nicht mit den primitiven Erfüllungsmaßnahmen des Zivilprozesses durchsetzen könne. Sie begründen es auch, daß der Bericht eine Zahlungsfähigkeit Deutschlands in Zukunft erwartet und — unter Beachtung dieser Voraussetzung — die Befreiung der deutschen Wirtschaft von allen Zwangsmaßnahmen und jeder politischen Schikane seitens der Besatzungsmächte verlangt.

Auch in Italien hat der Bericht im allgemeinen einen guten Eindruck gemacht.

Die Berliner Presse.

Die stets franzosenfreundliche und erfüllungsfreudige „Vossische Zeitung“ schreibt: Eine der Hauptvoraussetzungen

jeder deutschen Erfüllungsmöglichkeit ist die Wiederherstellung der unbedingten Wirtschaftssouveränität. Deshalb wird auch nicht etwa der Plan der Sachverständigen von deutscher Seite abgelehnt werden können. Die „Germania“ sieht einen sehr wesentlichen Punkt darin, daß das Reparationsproblem aus dem Sumpf einer trotz aller scheinbaren Großzügigkeit kleinfischen Vergeltungspolitik auf den festeren Boden der sachlichen Diskussion über die Wiedergutmachung der Kriegsschäden gehoben wird. „D. A. Z.“ schreibt: Wenn auch die Sachverständigen-Darlegungen in ihrem Plan so gefast seien, daß darauf eine endgültige und vollständige Lösung des gesamten Reparationsproblems und aller damit verbundenen Fragen aufgebaut werden könne, so wird dadurch die Atmosphäre der Unsicherheit nicht durchbrochen. Hier zeigt sich der Erfolg der französischen Politik, durch die die Aufgabe des Ausschusses auf ein Teilprogramm des gesamten Reparationsproblems beschränkt wurde.

Graf Westarp über das Sachverständigengutachten.

Berlin, 10. April. In einer Unterredung mit einem Vertreter eines Spätabendblattes äußerte sich der deutsch-nationale Abgeordnete Graf Westarp über den Sachverständigenbericht folgendermaßen: „Aus der Erörterung all der Einzelheiten des Sachverständigenberichtes müssen zwei leitende Gedanken in den Vordergrund gestellt werden. Die Vorschläge der Sachverständigen bringen uns der Freiheit nicht näher, weder hinsichtlich der Reparationen, noch hinsichtlich der Befreiung von Rhein und Ruhr. Gemäß dem Gebot Herrn Poincarés haben die Sachverständigen davon Abstand genommen, direkt oder indirekt Einfluß auf die Gesamthöhe der Reparationslasten auszuüben. Was die Zahlungen von 1500 Millionen aus Zöllen und Steuern, die je nach dem Besserungsschein später noch zu erhöhen sind, für die Lösung der Gesamtschuld zu bedeuten haben, welche Summen damit verzinst und getilgt werden sollen, wie lange die Zahlungen andauern sollen, alles das bleibt offen. Es bleibt also bei den 132 Milliarden des Londoner Ultimatus, deren Tilgung über 100 Jahre erfordert. Rhein und Ruhr sollen zwar wirtschaftlich freigegeben werden, nicht aber politisch und militärisch. Hierauf kommt es für Deutschland an. Hier liegt der Kernpunkt des Vernichtungskampfes, den Frankreich gegen Deutschland führt. Behält Frankreich die militärische Herrschaft über Rhein und Ruhr, so kann es sie jed en Tag wieder in wirtschaftliche und finanzielle Ausbeutung verwandeln. Verbannt Deutschland weiter, so tut es das nicht aus rechtlichen und vertragmäßigen Pflichten, denn Frankreich hat durch den Raub des Ruhrgebietes den Versailler Vertrag zerrissen, — sondern nur unter dem Zwange übermächtiger Gewalt. Auch das verkennen die Sachverständigen, wenn sie nicht nur von einer vertragmäßigen, sondern sogar moralischen Verpflichtung Deutschlands reden.“

Die deutsche Kapitalflucht.

Der Bericht des Mac Kenna-Ausschusses.

Der Bericht des zur Prüfung der deutschen Kapitalflucht von dem Wiedergutmachungsausschuß eingesetzten Mac-Kenna-Ausschusses besagt, der Ausschuß sei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Hauptmethode, durch die Deutschland seit dem Waffenstillstand seine Kapitalanlagen im Ausland erworben habe, die des Verkaufes von Mark-Dant-Bilanzen gewesen sei. Die auf diesem Wege erworbenen Kapitalien betrügen 7 oder 8 Milliarden Goldmark, eine Summe, die infolge der schließlichen Markentwertung einen Verlust für über eine Million Ausländer bedeute, die zu dieser oder jener Zeit Käufer von Mark-Krediten seien. Andere hervorragende Quellen für die deutsche Kapitalabwanderung seien der Verkauf von Gütern, Sicherheiten, Staatspapiere, Edelmetallen und Markbanknoten, Anlagen in den abgetretenen Gebieten, wie Polen und Danzig, das von den alliierten Besatzungsarmeen ausgegebene fremde Geld usw. gewesen. Andererseits sei aber auch das im Ausland untergebrachte deutsche Kapital teilweise zum Ankauf von Einfuhrgütern verwandt worden.

Nach eingehender Prüfung aller dieser Faktoren habe der Ausschuß den Eindruck gewonnen, daß das ins Ausland abgewanderte deutsche Kapital einschließlich des in fremden Gesellschaften und Firmen investierten Kapitals gegen Ende des Jahres 1923 nicht weniger als 5,7 Milliarden Goldmark und nicht mehr als 7,8 Milliarden Goldmark betragen habe. Der Ausschuß halte die mittlere Summe von 6,75 Milliarden Goldmark für annähernd zutreffend.

Die Gründe der Kapitalflucht.

Im zweiten Teil seines Berichtes stellt der Ausschuß fest, daß die sogenannte deutsche Kapitalflucht ihre Ursache in

dem Unvermögen der deutschen Regierung gefunden habe, ihr Budget in Ordnung zu bringen. Weiter seien daran die Spekulanten und furchtsamen Anlagebesitzer schuld, die ihre deutsche Mark gegen fremde Währungen veräußerten, während der deutsche Export alles im Auslande beließe, was er von seinen Verkäufen erbringen konnte. Wenn die deutsche Währung standhaft und stabil bleibe, werde der Deutsche, der Kapital im Ausland besitze, sich sicherer fühlen und die Gewißheit erhalten, daß er keinen Verlust erleide, wenn er es wieder heimbringe, während der Spekulant nicht länger mit Gewinn aus dem Verkauf der Mark rechnen dürfe.

Amnestie für Kapitalverschlebung.

Der Ausschuß hält an und für sich eine besondere Gesetzgebung zum Verbot der Kapitalausfuhr nicht für notwendig, wenn die Finanzen des Landes auf eine stabile Grundlage gestellt werden, ist aber der Meinung, daß die Uebergangsperiode in Deutschland beendet werden muß, bevor man von einer wirklichen Stabilisierung sprechen und zu Deutschland wieder Vertrauen fassen könne. Der Ausschuß hält es daher für richtig, wenn die Regierung eine Amnestie für alle die Straftaten erläßt, die in diesen Bereich fallen, und daß sie besondere Vergünstigungen für die Subskription auf eine Staatsanleihe in fremder Währung anbietet.

Schacht über Währungsfragen.

Keine Kredite für Luxusimporte.

In der in Dresden abgehaltenen Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller sprach Reichsbankpräsident Dr. Schacht über Währungsfragen. Er führte u. a. aus: Der vorübergehende Charakter der Rentenmark wird vielfach außer acht gelassen. Die endgültige Währung kann nur auf metallischer Grundlage ruhen. Ich weiß mich mit dem Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsminister darin einig, daß keine Maßnahme versäumt wird, die Wertbeständigkeit der Rentenmark aufrecht zu erhalten.

Erfstens müssen die Kredite auf wertbeständiger Grundlage gegeben werden, und zweitens dürfen die Umlaufenden Mengen der Rentenmark nicht über ein gewisses Maß hinaus gesteigert werden. Wir haben im Januar eine Passivität der Handelsbilanz von 135, im Februar von 250 Millionen Goldmark gehabt, also nahezu 400 Millionen in zwei Monaten. Wir können den Devisenbedarf nicht mit den hereinkommenden Devisen folgen. Für den Konsum darf von fremder Valuta nur im äußersten Notfall Gebrauch gemacht werden. Von den 1200 Millionen Rentenmark für Kredite haben wir mehr als zwei Drittel an die Landwirtschaft abgeben.

Wir haben uns nun zu einer stärkeren Krediteinschränkung entschließen müssen. Für die Luxusimporte geben wir gar keine Kredite mehr. Wir werden die Kredite der Golddiskontbank in erster Linie der Industrie zur Verfügung stellen, die ganz oder teilweise für den Export arbeitet. Der Fehler darf nicht wieder gemacht werden, Devisen zu leihen und mit Rentenmark abzudecken.

Wir und die Deutsche Volkspartei.

Von Dr. Regenborn, M. d. L.

(Fortsetzung.)

4. Stresemann sagte: Wer stehen der Entscheidung der Sachverständigen des Feindbundes in voller Freiheit gegenüber. Wir suchen zur Verständigung zu kommen, aber nach bestimmten Grundsätzen. So werden wir bestehen müssen auf der deutschen Verwaltung unserer Eisenbahn.

Antwort: Weiter nichts? Das ist doch selbstverständlich. Wie steht es mit der Finanzkontrolle, mit der Militärkontrolle, wie steht es mit dem Plan, den Feindbund mit 25 Prozent an der Vermögenssubstanz der deutschen Wirtschaft zu beteiligen? Der Jude Litwin hat bei Ankauf der feindlichen Sachverständigen in Berlin ein solches Angebot im Organ Stresemanns und der Deutschen Volkspartei, der „Zeit“, gemacht und Stresemann hat Herrn Litwin nicht abgeschüttelt.

5. Stresemann sagte: Ich gehe nicht den Weg derjenigen, die Beteiligung ausländischen Kapitals an einem zu schaffenden Bankinstitut ablehnen.

Antwort: Ueber die Bedenken gegen eine Goldnotenbank hat sich Helfferich geäußert, darüber an anderer Stelle. Die Heranziehung ausländischen Kapitals zum Wiederaufbau Deutschlands lehnt niemand grundsätzlich ab, wenn aber die Goldnotenbank gegründet werden soll, dann darf sie nur ein rein deutsches Unternehmen sein. Grundsätzlich lehnen wir Deutschnationalen eine in Deutschland zu gründende internationale Bank ab, deren aus Kreditwährung kommende Gewinne nicht uns zugute kommen würden, sondern den Fein-

den, besonders den Franzosen. Wir würden mit diesen Gewinnen lediglich den sinkenden französischen Franken stützen. Der Reichsbankpräsident aber hat sein Goldnotenbankprojekt mit den feindlichen Sachverständigen erörtert und diese haben sofort Reigung gezeigt, die geplante deutsche Goldnotenbank zu einer internationalen zu gestalten. In Oberfeld hat Herr Stresemann gesagt, wenn das Ausland uns Kapital zur Verfügung stelle, habe es auch das Recht der Kontrolle, der Vertretung im Aufsichtsrat gewisser Unternehmungen. Was sind das für Unternehmungen? Das Endergebnis wäre Finanzkontrolle und Verfassung.

6. Stresemann sagte: Kein Realpolitiker kann an den Folgen des verlorenen Ruhrkampfes vorbeigehen.

Antwort: Der Innenminister Dr. Jarres (Aheinländer und Volksparteiler) hat anerkannt, der Ruhrkampf sei zusammengebrochen, weil er nur passiv war. Am 11. August 1923 erklärte England in einer Note an Frankreich die Ruhrbesetzung als vertragswidrig und verwies die Austragung der Rechtsfragen an die Reparationskommission. Diese darf nur einstimmig entscheiden, und da England sich für die Auffassung der Rechtswidrigkeit festgelegt hatte, konnte jene Kommission nicht im Sinne Frankreichs entscheiden. Als der Ruhrkampf doch eingestellt und der englische Ministerpräsident Baldwin gefragt wurde, warum er seiner Note vom 11. August 1923 keine Folge gegeben hätte, da sagte er: Das hätte keinen Zweck gehabt, denn man sei sich bald darüber klar geworden, daß Deutschland den Widerstand aufgeben wolle, so daß seine Aktion ins Wasser gefallen sei. Man könne nicht deutscher sein wie die Deutschen. Das ist ja gerade der Vorwurf, den wir Deutschen den Außenpolitik Stresemanns machen, daß er sich nicht auf diese englische Note gestützt, sondern den Kurs seiner Außenpolitik auf unmittelbare Verhandlung mit Frankreich eingestellt hat. Stresemann selbst hat damals bekräftigt, daß ein Wechsel unserer Außenpolitik vorliege, aber sein Innenminister, der Sozialist Sollmann hat in öffentlicher Rede von dem „Entscheidenden Kurswechsel“ gesprochen, der mit dem Regierungswechsel vollzogen sei. Als aber Stresemann den Ruhrkampf aufgab, wurde auch diese Maßregel weder vorbereitet noch organisiert.

7. Stresemann sagte in Hannover: Es wäre eine Schande, wenn wir nicht bereit wären, alle Lasten auf uns zu nehmen, um die Freiheit zu erringen.

Antwort: Wir müssen die Folgen des verlorenen Krieges tragen, müssen die letzten Opfer bringen, wenn es gilt, die Freiheit zu erringen. Aber wir dürfen nicht vorher durch sinnlose Erfüllungspolitik unsere Wirtschaft ruinieren, und das tun wir, wenn wir die heutigen Steuern weiter zahlen müssen, die durchschnittlich 40 Prozent des Einkommens betragen und bei Industrie und Landwirtschaft weit darüber hinausgehen.

Ein Beispiel: Wir zahlen Besatzungskosten auf Grund des Friedensvertrages jährlich etwa 1 Milliarde Goldmark, dazu fast 1 Milliarde Gold jährlich, die nicht auf Reparationskonto geht — Bedrückungs- und Ausfuhrkosten. Für Kasernenneubauten und Offizierswohnungen sind eben wieder 25 Millionen von den Franzosen angefordert worden. Im Dezember 1923 zahlten wir an Markzulagen für 20 Offiziere doppelt soviel, wie die Gehälter von 3800 Reichwehroffizieren betragen und nun hören man: Am 13. Juli, 1919 hat sich Lloyd George von Clemenceau, dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten unterzeichnen lassen, daß die jährlichen Besatzungskosten nicht höher sein dürften, als 20 Millionen und diese Summe ist später von den feindlichen Finanzministern auf 220 Millionen herabgesetzt worden. Diese Verpflichtung ist uns amtlich mitgeteilt worden. Warum stützt sich Herr Stresemann nicht auf sie? Warum zahlt er bis zum Weißbluten weiter, ruiniert und gefährdet die Rentenmark?

8. Stresemann sagte, die Propaganda gegen die Schuldfrage sei Kleinarbeit.

Antwort: Auf der Schuldfrage beruht der Schmachfrieden von Versailles. Wird die Lüge von der deutschen Schuld am Krieg beseitigt, so fällt damit der Schmachfrieden. Die Schuldfrage zu bekämpfen ist höchste Pflicht der Regierung, die

den ganzen amtlichen Apparat von Vorkämpfern, Gefandten und Presse zur Verfügung hat. Die Kleinarbeit Privater kann das nicht ersetzen. Freiherr von Lersner ist aus der Deutschen Volkspartei wesentlich deshalb ausgetreten, weil Stresemann die Schuldfrage nicht genügend bekämpft hat.

Der Zerfall der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 10. April. Die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei teilt mit: Die Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung veröffentlichen einen Aufruf, in dem sie ihre Freunde auffordern, bei der bevorstehenden Reichstagswahl deutsch-nationale Wahllisten zu wählen. Damit befundet die Nationalliberale Vereinigung vor aller Öffentlichkeit, daß sie ihrerseits einen Trennungsstrich zwischen sich und der Deutschen Volkspartei gezogen hat.

Die Parteileitung der Deutschen Volkspartei hat daraufhin der Nationalliberalen Vereinigung folgenden Beschlus des Parteivorstandes zugehen lassen:

Nachdem der Parteivorstand und der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei politische Organisationen innerhalb der Partei nur für möglich erklärt haben, soweit die Satzungen dies gestatten oder die zuständigen Parteikontrollen sie ausdrücklich genehmigen, und nachdem die Vertreter der Nationalliberalen Vereinigung in deren Auftrag Verhandlungen zur Herstellung dieser Voraussetzung abgelehnt haben, stellt der Parteivorstand auf Grund der diesem Zentralvorstande ausdrücklich erteilten Ermächtigung fest, daß die in der Nationalliberalen Vereinigung bleibenden Mitglieder aus der Deutschen Volkspartei ausscheiden.

Der Entschlus der Nationalliberalen zur Wahl. Gestern fand in Berlin im Reichstagsgebäude eine aus allen Teilen des Reiches besuchte Vertreterversammlung der Nationalliberalen Vereinigung statt, welche folgende Entscheidung einstimmig fasste:

Durch das ganze Deutschland geht die Sehnsucht nach einer starken Regierung, die das deutsche Volk herausführt aus dem Zustand nationaler Kraftlosigkeit und sozialistischer Zersetzung. Der Erfüllung dieser Sehnsucht steht heute noch der nach außen hin internationale und nach innen auf Klassenkampf eingestellte Marxismus entgegen. Er verhindert die nationale Wiedergeburt, die Befreiung der Wirtschaft von ungesund und volkschädlichen Zwangsmaßnahmen, die Reinigung der Verwaltung im Reich und in den Ländern von den zersetzenden Elementen, die sich nach der Revolution in das ehemals vorbildliche deutsche Beamtentum eingedrängt haben. Er verhindert endlich und vor allem die Befreiung des deutschen Volkes von dem lastenden Fluch der Schulden und der außenpolitischen Würdelosigkeit. Befreiung und Gesundung von Staat und Volk erfordern den Neuaufbau der Verfassung auf deutsch-rechtlicher Grundlage: in Anknüpfung an die großen bismarckschen Ueberlieferungen, die Ausschaltung des Klassenkampfes, die Versöhnung zwischen Stadt und Land, die Arbeits- und Gefinnungsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, die Zusammenführung der nationalen Parteien und der deutschen Berufsstände auf einen gemeinsamen politischen Boden. Diese Ziele können nur erreicht werden durch die bewusste Abkehr vom Marxismus, durch klares Bekenntnis zu den hier dargelegten Zielen eine die deutschen Arbeiter den Grundlagen deutschen Volkstums entfremdet. Unbeträglich mit diesen Zielen ist namentlich die in Preußen noch bestehende Koalition mit der Sozialdemokratie. Diese Koalition muß unverzüglich beseitigt werden. Im Reich und in den Ländern müssen, von zuverlässig deutschem Geist geleitet, von jedem direkten und indirekten internationalen und sozialistischen Einfluß freie Regierungen gebildet werden. Das sind unsere Ziele. Alle Versuche, sie im Rahmen der Deutschen Volkspartei zur Anerkennung und Durchführung zu bringen, sind an der Haltung der Parteileitung gescheitert. Damit ist die Bindung der Vereinigung an die Deutsche Volkspartei gelöst. Für die bevorstehenden Wah-

des Rücksichts sein müssen, wenn er sie nicht im Sturm für sich gewinnen sollte!

„Fräulein Dori“, sagte er mit verbindlichem Lächeln, „bin zwar im einfachen Jägerwisch angetreten — möchte nun mal nicht mit Bolinder und Bratenrod weibliche Vergesslichkeit verunzieren — aber trotzdem sehr feierlicher Anlaß, warum zu ihren verehrten Eltern gekommen. Neukerst feierlich! Fräulein Dori werden ja längst wissen, wie mir ums Herz ist — haben ja mit bekanntem Scharfsinn längst meine Gefühle durchschaut — bin ganz rasend verliebt in sie — kann nicht mehr ohne sie existieren — kurz, bitte sie hiermit in aller Form herzlich um ihre Hand — würde mir Sonne und Lebensaufgabe sein, ihnen die Erde zum Paradiese zu machen, soweit in meinen schwachen Kräften steht!“

Veri, der in eifersüchtiger Ungebuld ans Haus geschlichen war und das Gesicht gegen das unbeachtete Rückfenster preßte, verlor keines der laut gesprochenen Worte. Seine Augen hingen an Dori. Schon der erste Blick, den er nach ihr geworfen, als er ans Fenster getreten war, hatte ihn mit Wut und Grimm gegen sie erfüllt. „Si, wie stand sie jetzt da — sie, die sonst nicht wußte, was vor Uebermut und spöttischer Ueberlegenheit tun — jetzt eine scheinbare, gefangene Taube! Mit gesenktem Kopf wie eine Sklavin vor ihrem Gebieter hielt sie vor dem hochauferichteten Aristokraten, der sich vollkommen Herr der Situation fühlte und sah um Satz wohlüberlegt mit eindringlicher Betonung gesprochen hatte.“

Wo blieb ihr Schwur nun? Wo blieb die Entschlossenheit, mit der sie dem Bewerber ins Gesicht sehen und in zwei Worten blühenden Auges, frohen Sinnes mit lautem, glücklichen Bekenntnis ihre Liebe zu Veri erklären, die Hand des adeligen Freiers lächelnd leicht zurückweisen mußte?

Unwillkürlich hatte der Bursche auf die Faust gegen das Fensterglas gepreßt, als sollte er mit raschem Druck den Riegel brechen, mit jähem Satz in die Stube springen und durch sein Erscheinen die Ungetreue an die feurigen Schwüre erinnern, die sie oben auf der Höhe ihm geleistet.

Während dieser Gedankensucht durch seinen Kopf zuckte, hatte er ein paar Worte überhört, die sie leise stammelte.

„Aber, Dori —“ rief ihre Mutter verblüfft, verlegen. „Kannst dich da noch befinden, wenn der Herr Baron bei uns anklopft — eine solche Ehr —“

Der Bauer hatte das Köppchen abgenommen und kratzte sich verlegen hinterm Ohr. „Eine solche Ehr!“ murmelte er dabei auch.

Aus Fuchsiners Augen war ein böser Blick über das gerötete Gesicht des Mädchens geflogen. Holla, was war das?

len empfehlen wir daher, um eine Zerspaltung der nationalen Kräfte zu vermeiden: Soweit nicht in den Wahlkreisen von volksparteilicher oder anderer Seite Einzelpersönlichkeiten aufgestellt werden, die nach ihrer Vergangenheit und durch klares Bekenntnis zu den hier dargelegten Zielen eine sichere Gewähr für deren Verfolgung und Durchsetzung bieten. Die Liste der Deutschnationalen Volkspartei zu wählen.

Nationalliberale Vereinigung. Der Vorstand. Dr. Blönn, Dr. Marzki, Freiherr von Lerzner, Dr. Quast, Fuhrmann, Dr. Oesterreich, Landgerichtsrat Dr. Halberstadt, Dr. Gustav Blume, Dr. Verfelmeier, Soldan, Dr. Arning, Dr. Bögl, Dr. Holthöfer, Müller-Castrop, Beschke, Dr. Strauß, Justizrat Schulz, Dr. Scheel, Ernst Adolf Bernhardt, Otto Wendig, Hermann Euen, Dr. Rehdaus, Sonthheimer, Hauptmann Müller-Kord.

Dr. Bögl und die Deutsche Volkspartei.

Berlin, 10. April. Wie die L.-U. erfährt, hat Dr. Bögl den Vorsitz im Wahlkreisverband Westfalen-Süd der D. V.-P. schon vor einiger Zeit niedergelegt. Den Aufruf der Nationalliberalen Vereinigung haben inzwischen noch der bekannte Industrielle Hoefich und General Kochus-Schmidt unterzeichnet.

Hugo Stinnes †.

Berlin, 10. April. Hugo Stinnes ist heute abend 5 Uhr in der Klinik des Professors Bier in der Joachimsthaler Straße an den Folgen der Operation, der er sich vor einigen Tagen erneut unterziehen mußte, gestorben.

Mit Hugo Stinnes, dessen Ableben nach den letzten Meldungen über seine schwere Gallenstein-Operation man erwartete, mußte, ist einer der bedeutendsten Männer Deutschlands dahingegangen. Seinem glänzenden Organisationsstalent ist es gelungen, durch den Verfall der Betriebenetzwerke Wirtschaftszusammenfassungen wieder in neue Formen zu gießen und durch Zusammenfassung der größten Betriebe zu einer riesenhaften wirtschaftlichen Einheit leistungsfähig zu machen.

Stinnes war nicht nur der Industrielle und große Geldverdiener sondern ein überragendes organisatorisches Genie, welches die Kräfte sammelte zur Verboikommung der deutschen Wirtschaft. Er war bestrebt, seinem Vaterlande zu nützen und zeigte seine nationale Gesinnung durch die gewaltige Arbeitskraft, die er ganz in den Dienst des Wiederbaues der deutschen Wirtschaft und damit des deutschen Vaterlandes stellte. Mit ihm verliert Deutschland einen der Männer, die Deutschland heute schon ohnedies allzu sehr fehlen, und die es braucht, wenn es aus der Tiefe wieder emporsteigen will.

Vermischtes.

Ein Verräter. Wie der Evangelische Pressedienst erzählt, hat der preußische evangelische Oberkirchenrat gegen den Pfarrer Gallus in Remel, der sich zum Staatskommissar für die Losrennung der evangelischen Gemeinden von der preußischen Mutterkirche hat ernennen lassen, das Disziplinargeschäft eröffnet und ihn mit sofortiger Wirkung von seinem Amt suspendiert.

Stahlhelme überfallen. Etwa 50 Stahlhelme, die in Zscherben eine Versammlung abhielten, wurden auf dem Nachhausewege nachts in der Nähe des Hettstedter Bahnhofs von Kommunisten überfallen und aus Revolvern beschossen. Drei Stahlhelme wurden durch Schüsse schwer verletzt. Die Kommunisten flüchteten. Die Schupo verhaftete in Bahnsdorf etwa 20 flüchtige Kommunisten.

Weitere Befreiungen von der Ausreisegeld. Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht die Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über Ausreisegeld. Sie bestimmen eine Reihe weiterer Befreiungen von der Gebühr. Insbesondere sind von der Gebühr befreit Auslandsdeutsche oder Deutsche, die nahe Verwandte im Auslande beschaffen wollen, ferner Rechtsanwälte, Ärzte, Künstler, Gelehrte, etc.

Stechte ihr doch ein anderer im Kopf? Sie Bedenheit auerbitten, wenn einer wie er vorsprach — der adelige Schloßherr bei der Bauernbirne! Na warte! Die Zeit würde kommen, um ihr den Hochmut gründlich auszutreiben, die momentane Enttäuschung gehörig zu vergelten! Aber nur jetzt vorläufig Ruhe, Gelassenheit! Sonst war alles verloren, sonst entfiel ihm der Goldvogel! Es reizte ihn gerade jetzt, da sie sich sträubte, ihren Widerstand zu brechen! Das Behren machte sie nur erstrebenswerter für ihn.

„Bitte, bitte!“ sagte er mit einer eleganten Handbewegung gegen die Eltern. „Kein Drängen, kein Bestürmen! Fräulein Dori hat ganz Recht! Sache will gehörig überlegt sein. Geht weiter Schritt so etwas, Abschnitt im Leben! Kann das sehr wohl begreifen! Werde also, so schmerzhaft das für meine Ungebuld ist, mich für heute bescheiden! Aber morgen —“

gen, Fräulein Dori werde ich wieder hier sein, mir Dori Bescheid holen — bin ja fest überzeugt, bei genauer Prüfung müssen sie die Redlichkeit meiner Absicht gelten lassen — werden die Hand eines Kavalliers, die ihnen mit so warmem Herzen geboten wird, nicht zurückweisen!“

Er hatte sich dabei über sie gebeugt, so daß sein heißer Atem ihre Stirne berührte. Dann hatte er rasch die Hand erfaßt, und seine brennenden Lippen ruhten auf ihren Eltern. Mit festem Händedruck verabschiedete er sich bei den Eltern und schritt, vor ihren verlegenen Entschuldigungen begleitet, zu seinem Wagen.

Dori stand von einem Taumel befangen in der Stube. Nach klaren seine glühenden Worte in ihren Ohren, empfand sie keine Lippen auf ihren Fingern. Der Schloßherr der Aristokrat hatte ihr die Hand geküßt! Ein leiser Schauer zeitigen Glücks überlief sie.

Da dachte es an die Glascheiben.

Sie sah sich erschreckend um und erkannte Veris von der Leidenschaft verzerrtes Gesicht. Jähzornig stampfte sie mit dem Fuß. Hielt er sie für eine Sklavin? Belauschte er sie wie ein Aufpasser? An dem wars noch nicht! Noch konnte sie was sie wollte. Die brutale Art, mit der er forderie, was sie ihm freiwillig zugesagt, verletzete und empörte sie.

Nach einem kurzen fasten Blick wendete sie sich vom Fenster weg und ging, das hübsche Köpfchen hochmütig zurückgeworfen, auf den Flurraum hinaus, von dem sie die Türe zu ihrem Zimmer emporreichte. Dort verriegelte sie die Türe, trat ans Fenster, preßte den Kopf gegen die Scheiben und starrte in die Nacht hinaus. Sie hörte Fuchsiners leises Gefächeln den Hügel hinunterrollen — dann war es still geworden.

Bieyle



Sweater

für
Knaben u. Mädchen

Ueberziehblusen u. Sportjacken

Grosse Auswahl!

Modernste Ausmusterung!

Billigste Preise!

Saxonia - Anzüge

Sitz, Knie und Ellbogen
verstärkt, reine Wolle

Grösse 0	1	2	3
12 ⁵⁰	13 ⁰⁰	15 ⁵⁰	16 ⁰⁰
Grösse 4	5	6	
17 ⁰⁰	18 ⁰⁰	19 ⁰⁰	

Sportjacken

in
reiner Wolle, elegante
Ausführung

12 ⁵⁰	14 ⁷⁵	19 ⁷⁵
------------------	------------------	------------------

Ueberzieh-

Blusen

in
reizenden Formen
und Farben

8 ⁵⁰	9 ⁷⁵	12 ⁷⁵
-----------------	-----------------	------------------



Kinder-
unterröcke-
gestrickt
0.95 1.10 1.20

Gustav Zeeck

Stolp i. Pom.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Mit dem heutigen Tage haben wir die Verwaltung des städtischen Gaswerks, Wasserwerks, Elektrizitätswerks sowie der Straßenbahn und der Ziegelei St. Georg der für die diesen Zweck gebildeten Aktiengesellschaft — Städtische Werke A. G. — übertragen. Die Aktiengesellschaft übernimmt alle Rechte und Pflichten der bisher durch den Magistrat verwalteten Werke.

Stolp, den 11. April 1924.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Mit dem heutigen Tage übernehmen wir die Verwaltung des städtischen Gaswerks, Wasserwerks, Elektrizitätswerks sowie der Straßenbahn und der Ziegelei St. Georg mit allen Rechten und Pflichten dieser bisher durch den Magistrat zu Stolp verwalteten Werke. Verantwortliche Geschäftsführer sind die Direktoren Handke und Lindenau, die jeder für sich berechtigt sind, die Gesellschaft zu vertreten. Alle für die Werke bestimmten Zahlungen sind einstweilen bei den Werken selbst, später nach Bekanntgabe bei der gemeinsamen Kasse, Fischerstr. 1 zu leisten.

Stolp, den 11. April 1924

Städtische Werke Aktiengesellschaft.

Betr. Kochermieten.

Die Mieten für die vom Gaswerk entliehenen Gas-Kocher und sonstigen Gebrauchsgegenstände sind in derselben Höhe festgesetzt, wie sie im Jahre 1914 bestanden haben. Diese Mieten kommen bei der nächsten Gasablesung zur Einziehung.

Stolp, den 11. April 1924.

Städtische Werke Aktiengesellschaft.

Kleinparzellen

in Größe von 500 m auf dem Flugplatz und am Birkower-Landweg sind noch zu vergeben.

Stolp, den 7. April 1924

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, unser Grundstück Bahnhofstr. 44, hierselbst zu veräußern. Kauflustige wollen sich schriftlich oder mündlich an uns wenden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in dem Hause demnächst eine Wohnung frei wird.

Allgemeine Ortstrankentasse
des Stadtkreises Stolp i. Pom.

Jetzt ist es Zeit

den Krähen zu Leibe zu gehen. Jeder Jagdbesitzer bevorzugt seit Jahren „Genschow's Krähengift“, das von Nutzwild nicht angerührt wird. Das Nutzwild wird sich durch die Verteilung der Krähen sehr dankbar erweisen. Bestellungen bald erbeten.

Drogerie Eckardt & Co., Stolp
Hofstentorstraße 20/21.

Mein neuer Einkauf ist heute eingetroffen, darunter:

Ganz erstkl. junge starke Ermländer Ackerpferde

Ganz prächtige

Stadtpferde

Ferner:

- | | |
|--------------------------------------|------|
| 1 P. Dunkelbr. 6j. Stute und Wallach | 1.73 |
| 1 P. Schwarzbr. 5j. Wallache | 1.70 |
| 1 P. Dunkelbr. 5j. Stuten | 1.67 |
| 1 P. Mohrenschimmel 4j. Wallache | 1.66 |

Ich bitte um Besichtigung.

E. Daber, Pferdehandlung

Fernspr. 230.

Grüner Weg 50.

Osterofferte

Apfelsinen: Valencia blond Dhd. 0.60, 0.75 u. 1.00 Mt.

Blut " 0.80, 1.20 u. 1.50 "

Amerik. Kistenäpfel à Pfund 65 und 80 Pfennig

Bananen, Mandarinen, Citronen, Zwiebeln
sowie Messina-Apfelsinen in großer Auswahl

am Sonnabend auf dem Wochenmarkt.

Fernruf 924

Ernst Knop

Stromstraße 6.

Stolper Großhandels-Gesellschaft

vom Fritz Leschner G. m. b. H.

Blumenstr. 28 STOLP Lager Neutormauerstr. 1

empfiehlt zu den Feiertagen ganz

Prima amerikan. Weizenmehl

Originalsack brutto für netto 100 Pfund zu Mt 18.—
ab Lager Stolp

Leinsaat

Serradella

Tymothee

kauft und erbittet Angebote.

Eduard Frankenstein,
Wollweberstr. 17.

Bekanntmachung

In unserem Handelsregister A ist heute bei Nr. 218 — Firma S. Herrewig, Stolp — eingetragen worden: Die Firma ist erloschen.

Stolp, den 4. April 1924.

Amtsgericht.

Stolper Stallbau Actien-Gesellschaft.

Die Herren Actionäre werden hiermit zu der am Sonntag, den 26. April nachmittags 3 Uhr in Munds Hotel stattfindenden Generalversammlung ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1923
 2. Genehmigung des Jahresabschlusses für 1923 und Ausstellung der Goldbilanz
 3. Geschäftliches.
 4. Neuwahl der Aufsichtsrats- und Vorstandes-Mitglieder
- Stolp, den 10. April 1924.
Dr. Paul Siebe, Vorsitzender.

Beste reine
Salmiak-
Schmierseife

gar. tranfrei
(kein Fischgeruch der
Wäsche) Pfd. nur 55 Pf.

Talgorn-Seife schön
heller

Korn, beste tranfreie
Ware, Pfd. und 55 Pf.

sowie sämtliche Artikel
zur Wäsche empfiehlt

Max Reimann
Seifen-Spezialhaus
Schmiedestraße 7.

Metallbetten

Stahlmatrizen, Kinderbetten
dir. an Priv., Katal. 91 L fre.

Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)



Mercedes-Schreibmaschine

liefert schnellstens an
preisen Hermann Rupperts

Stephanplatz 9.